

# „Klage gegen Stadt wegen des Gift-Gutachtens“

Anwalt Dr. Alfred Meyerhuber: Verwaltung hätte die US-Armee gar nicht fragen müssen – Frist für Stellungnahme um einen Monat verlängert

Von WINFRIED VENNEMANN

ANSBACH – Der Anwalt Dr. Alfred Meyerhuber bereitet eine Klage gegen die Stadt Ansbach vor. Die Verwaltung soll nun endlich das Gutachten zur Vergiftung von Böden und Grundwasser durch per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) in Katterbach herausgeben, das ihr seit Mitte Januar vorliegt. Das wurde am Rande eines Informationsabends an der Feuerbach Akademie bekannt. Derweil sorgte gestern ein Schreiben der US-Armee für große Enttäuschung im Stadthaus.

Obwohl der Stadtrat am 30. Januar einstimmig die Herausgabe der von der US-Armee beauftragten PFC-Studie verlangt hatte, räumte die Verwaltung den Stadträten lediglich ein Einsichtsrecht in städtischen Räumen ein (die FLZ berichtete). Die Bürger – auch unmittelbar von der Vergiftung betroffenen Anwohner des US-Standorts – blieben bisher völlig außen vor, obwohl die Rückstände aus Löschschäumen der US Feuerwehr inzwischen ihre Weiher und Hausbrunnen verseucht haben.

Ihnen wollte die Stadtverwaltung Zugang zum Gutachten nach dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz (BayUIG) verschaffen. Nach Darstellung der Stadt ein langwieriges Verfahren, bei dem auch betroffene Stellen wie die US-Armee anzuhören seien, die Gründe gegen eine Veröffentlichung geltend machen könnten.

Dr. Meyerhuber, der „als Bürger“ die Herausgabe des Gutachtens beantragt hat, bestreitet dies. Das BayUIG sehe eine Stellungnahme der US-Armee vor, „soweit die informationspflichtige Stelle – also die Stadt Ansbach – eine Stellungnahme verlangt“, so Meyerhuber. Die Stadtverwaltung hätte die US-Armee also überhaupt nicht zu fragen brauchen, ist der Anwalt sicher. Es gebe auch keine schützenswerten Geheimnisse in dem Gutachten. „Doch das Rechtsamt hat sich hier im Zweifel gegen die Bürger entschieden,“ erklärte der Anwalt gestern gegenüber der FLZ.

Laut Meyerhuber geht es beim Streit um das PFC-Gutachten „um ein grundsätzliches Demokratieverständnis“. Das Zurückhalten der Studie sorgte für große Unsicherheit bei den Bürgern, und daraus resultierte eine „große Politikverdrossenheit“.

Am Mittwoch verstrich die Frist, die der städtische Rechtsreferent Udo Kleinlein der US-Armee für ihre Stellungnahme im Rahmen des BayUIG eingeräumt hatte. Dafür traf gestern ein Schreiben der Militärs im Stadthaus ein. Tenor: Die Armee benötige für die Stellungnahme weitere zwei Monate, gerechnet ab dem 27. Februar.

„Da war ich erstmal sprachlos“, erklärte Oberbürgermeisterin Carda Seidel (parteilos) gegenüber der FLZ. Eigentlich habe man der US-Armee nach dem 26. Februar noch „drei bis vier Tage“ einräumen wollen. Doch solch ein langes Zuwarten sei völlig inakzeptabel, zumal die entsprechende Herausgabe schon seit einem Monat bekannt sei. Seidel bedauerte den „irren Zeitverlust“ und mutmaßte, da spiele man „offensichtlich auf Zeit“.

Rechtsreferent Kleinlein nahm gestern Nachmittag Rücksprache mit der Regierung von Mittelfranken als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde. Ergebnis: Die Regierung bewertet das PFC-Gutachten als „umfangreiche und komplexe Umweltinformation“, bei der das BayUIG eine Fristverlängerung um einen Monat vorsieht. Die Stadt Ansbach werde die Anhörungsfrist bis zum 31. März 2020 verlängern, so eine Pressemitteilung.

Für Anwalt Meyerhuber ist das „ein Zeichen von Schwäche und Hilflosigkeit. Die stellen sich selbst das Bein, über das sie dann fallen“.

Gestern erreichte ihn eine Mitteilung des städtischen Umweltamtes. Aufgrund des hohen Umfangs und der Komplexität der Umweltinformation habe die US-Army-Garrison um eine Fristverlängerung gebeten, heißt es dort. Deshalb verlängere sich die Bearbeitungsfrist seines Antrags ab Antragseingang auf die im Gesetz genannten zwei Monate.

Oberbürgermeisterin Seidel erklärte gestern gegenüber der FLZ, derzeit seien „zwei Fachbehörden“ dabei, Stellungnahmen für die Grundwassersicherungsmaßnahmen zu erarbeiten, die westlich der Kaserne eingerichtet werden sollen. Lügen diese Ergebnisse vor, werde man sich an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Grundstückseignerin wenden. „Danach müssen Planungen gemacht werden“, so Seidel, „das dauert auch noch ein paar Monate“.

Immerhin: In der kommenden Woche werden westlich des Kasernengeländes drei Grundwasser-Messstellen eingerichtet. Die sollen erstens Erkenntnisse über die Fließrichtung des Grundwassers und zweitens neue Werte über eine mögliche PFC-Belastung bringen. Diese Erkenntnisse seien zur Planung weiterer Maßnahmen erforderlich, heißt es in der Pressemitteilung.

Die Stadt Ansbach rechne mit ersten Messergebnissen bis Ende dieses Monats, „wenn die Wetterverhältnisse einen zügigen Baufortschritt erlauben“.